

"Der Osten wird des Wartens müde" in The Guardian (8. Dezember 2000)

Legende: In einem Kommentar zum Europäischen Rat von Nizza (7., 8. und 9. Dezember 2000) betont die britische Tageszeitung The Guardian am 8. Dezember den Willen der Länder Osteuropas, der Europäischen Union so bald wie möglich beizutreten.

Quelle: The Guardian. 08.12.2000. London. "East grows tired of waiting game", auteur:Black, Ian , p. 7.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/der_osten_wird_des_wartens_muede_in_the_guardian_8_dezember_2000-de-4edaaf9d-e229-4178-9846-dd476b78f8a7.html



Publication date: 05/07/2016

Der Osten wird des Wartens müde

Erweiterung: Der Druck auf die EU zur raschen Vereinigung des Kontinents nimmt zu

Die osteuropäischen Regierungschefs riefen gestern ihre EU-Kollegen beim Gipfel in Nizza dazu auf, ihre Meinungsverschiedenheiten beizulegen und sich auf umfassende interne Reformen zu einigen, um den Weg für die historische Wiedervereinigung des Kontinents freizumachen.

Während der Feierstunde zur Begehung der Erweiterung warnten die Beitrittskandidaten die bestehenden fünfzehn Mitgliedstaaten wiederholt davor, die Hoffnungen auf ein endgültiges Ende der durch den Kalten Krieg entstandenen Teilung nicht zu zerschlagen, weil man sich nicht auf eine Reform einigen kann.

„Das heutige Europa muss die Chance zur Vereinigung des Kontinents ergreifen, die sich durch den mutigen Wandel in Osteuropa ergeben“, mahnte der polnische Europaminister Jacek Saryusz-Wolski. „Wir machen echte Fortschritte und sollten nicht weiter außen vor gelassen werden.“

Die führenden Politiker der dreizehn Bewerberländer trafen ihre EU-Kollegen am Eröffnungstag des dreitägigen Gipfels, der als schwierigster seit dem von Maastricht im Jahr 1991 gilt. In Nizza müssen zahlreiche komplizierte, ineinander greifende institutionelle Fragen geklärt werden, falls die Union in der Lage sein soll, ihre Mitgliederzahl in den kommenden Jahren beinahe zu verdoppeln.

Ohne eine Änderung bei der Stimmengewichtung der Regierungen, der Größe der Europäischen Kommission und dem Anwendungsbereich der Mehrheitsbeschlussfassung werden die Entscheidungsmechanismen, die 1957 für sechs Gründungsmitglieder konzipiert wurden, zum Stillstand kommen.

Tony Blair, ein Verfechter des Prozesses, erklärte gestern Abend, man könne gar nicht genug betonen, wie wichtig es sei, dass die Länder Europas ein halbes Jahrhundert nach der Beendigung des Zweiten Weltkriegs endlich wieder zusammen kommen. Damit nahm er das Thema seiner Warschauer Rede vom letzten Monat über die Zukunft der EU wieder auf, die darauf abzielte, den institutionellen Reformprozess mit der Notwendigkeit einer möglichst raschen Erweiterung zu koppeln.

Außenminister Robin Cook ließ verlauten: „Die EU muss bei den für die Erweiterung nötigen Reformen Mut und Fantasie beweisen.“

Chris Patten, EU-Außenkommissar und früherer Parteivorsitzender der Tories, sagte, der Wunsch der osteuropäischen Länder nach einem Beitritt zur Union zeige, dass die Befürchtungen der Euroskeptiker hinsichtlich eines föderalen Europas unbegründet seien. „Derzeit wollen zehn ehemalige mittel- und osteuropäische Länder der Europäischen Union beitreten. Das sind Länder, die sich Mitte und Ende der 1980er Jahre vom sowjetischen Joch befreien konnten.“

Glauben Sie wirklich, dass ein Land wie Polen, ein stolzes, unabhängiges Land, das sich seine Souveränität erkämpft hat, der Europäischen Union beitreten will, um diese Souveränität wieder zu verlieren? Das ist kompletter Unsinn.“

Polen, Ungarn, die Tschechische Republik, Estland, Slowenien und Zypern haben vor zwei Jahren mit den Beitrittsverhandlungen begonnen. Zu Beginn dieses Jahres folgten Rumänien, Bulgarien, die Slowakei, Malta, Litauen und Lettland.

Die Türkei, der dreizehnte Aspirant, konnte wegen Menschenrechtskomplikationen und Streitigkeiten über Zypern und die Ägäis noch keine Verhandlungen aufnehmen.

Die Erweiterung gilt nach der Einführung der gemeinsamen Währung als größte Herausforderung für die EU, auch wenn der Enthusiasmus für diesen Prozess nicht überall gleich stark ist. Frankreich wird vielfach vorgeworfen, es weigere sich, über die allgemeine Zusage hinaus, 2003 bereit zu sein, ein Beitrittsdatum zu

nennen.

„Es kann sein, dass in der vergifteten Atmosphäre nach einem enttäuschenden Gipfel der Beitritt der ersten Kandidaten verschoben werden muss“, so Andrew Duff, Europaabgeordneter der britischen liberalen Demokraten. „In Frankreich und Deutschland wäre vielen Menschen ein Vorwand für einen Aufschub sehr recht.“

Befürchtungen der Kandidaten

Der französische EU-Kommissar Michel Barnier bemerkte: „Es könnte hier eine Krise geben. Ich glaube zwar nicht, dass es dazu kommt, aber auszuschließen ist es nicht.“

Der estnische Außenminister Toomas Ilves meinte: „Es ist wichtig, dass sich die Mitgliedstaaten in Nizza auf eine Lösung einigen, die eine erfolgreiche Erweiterung ermöglicht. Ohne eine solche Einigung wird der Prozess verschleppt.“

Sein ungarischer Kollege Janos Martonyi warnte davor, dass ein Misserfolg in Nizza einen schweren Rückschlag für den Erweiterungsprozess bedeuten würde. „Denken Sie aber nicht, dass wir aufgeben. Wir werden in die EU kommen.“

Von den Gipfelteilnehmern wird erwartet, dass sie eine Strategie intensivierter Verhandlungen beschließen, die dazu führen könnte, dass die ersten Kandidaten zum 1. Januar 2004 beitreten werden.

Viele der Aspiranten sind nun jedoch besorgt, dass eine neue und zeitaufwändige Verfassungsdiskussion losgetreten werden könnte, die bei den derzeitigen Mitgliedstaaten Widerstand auslösen und ihre eigene Aufnahme in den Klub verzögern könnte.

Deutschland führt, von seinen Länderregierungen getrieben, in Nizza den Ruf nach einer neuerlichen Überprüfungskonferenz 2004 an, die definieren soll, wie die Machtbefugnisse auf die Union und die Staatsregierungen zu verteilen sind.

Am Mittwoch beruhigte der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder die besorgte polnische Führungsriege in Warschau, sie werde bei den Gesprächen eine Stimme haben, zudem werde die nächste Regierungskonferenz, die über einen weiteren EU-Vertrag beraten wird, nicht zur Bedingung für die Erweiterung gemacht.

Es wachsen auch die Bedenken, dass die derzeitigen EU-Regierungschefs sich für das „Big-Bang-Szenario“ entscheiden könnten, bei dem bis zu zehn Länder gleichzeitig beitreten würden, während führende Kandidaten wie Polen, Ungarn und Estland die Ersten sein wollen. „Die Verschleppung der Erweiterung, das Warten auf den Big Bang in einer fernen Zukunft schaden den Regierungen, die das politische Risiko eingegangen sind und den Schritt gewagt haben“, meint Ilves.

Der rumänische Präsident Emil Constantinescu betonte die Ansicht der neuen Demokratien, die Mitgliedschaft in der EU biete Zugang zu westlicher Stabilität und westlichem Wohlstand. „Die Mitgliedstaaten sehen die neue Union der kommenden Jahrzehnte schon jetzt als riesige und großzügige Macht der Partnerschaft und Einheit für Europa im Geiste der hohen Werte von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“, so seine Worte. Rumänien hinkt jedoch schon jetzt weit hinter der ersten Gruppe von EU-Anwärtern hinterher, dazu werden seine Chancen durch die Präsidentschaftswahl am nächsten Sonntag, bei der ein ehemaliger Kommunist einem Ultrationalen gegenübersteht, wohl nicht gerade verbessert.

Vor den Gesprächen sagte der schwedische Premierminister Göran Persson, ein Misserfolg in Nizza werde die Erweiterung zwar aufschieben, aber nicht aufheben. „Wenn wir scheitern, wird der Zeitplan für die Erweiterung angehalten, nicht aber der Prozess. Der geht weiter.“

Persson wird bei seiner turnusmäßigen Übernahme der Ratspräsidentschaft am 1. Januar alle ungelösten

Probleme erben.